

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Verkehr (14. Ausschuß)

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 9/812 —
Straßenbaubericht 1980

A. Problem

Die Bundesregierung ist gesetzlich verpflichtet, alljährlich einen Bericht über den Fortgang des Bundesfernstraßenbaues vorzulegen.

B. Lösung

Im Jahre 1980 wurden insgesamt 6,8 Mrd. DM für Bundesfernstraßen (Neubau und Unterhaltung) ausgegeben.

Einmütige Kenntnisnahme

C. Alternativen

entfallen

D. Kosten

entfallen

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
von dem Bericht — Drucksache 9/812 — Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 21. Oktober 1981

Der Ausschuß für Verkehr

Lemmrich	Milz
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Milz

Der Bericht in Drucksache 9/812 wurde gemäß § 80 Abs. 3 der Geschäftsordnung durch Schreiben des Präsidenten des Deutschen Bundestages vom 9. Oktober 1981 dem Verkehrsausschuß zur Beratung überwiesen, der die Vorlage in seiner Sitzung am 21. Oktober 1981 behandelt hat.

Der Bericht behandelt den Fortgang des Bundesfernstraßenbaues im Jahre 1980. In diesem Jahre wurden insgesamt 6,8 Mrd. DM für Bundesfernstraßenbau und -Unterhaltung ausgegeben. Es konnten 140 km Autobahn neu dem Verkehr übergeben werden. Die Bauziele des Zweiten Fünfjahresplanes vom 1. Januar 1976 bis 31. Dezember 1980 wurden beim Neubau von Bundesautobahnen zu 63,6 v. H. (= 980 km Streckenlänge) und beim Neu- und Ausbau von Bundesstraßen zu 115,6 v. H. = 1 306 km Straßenlänge) erreicht. Nennenswerte Ausgabenreste sind im Gegensatz zu früheren Jahren heute nicht mehr vorhanden. Die Mittel fließen zügig ab.

Auf der Grundlage dieser Vorlage führte der Ausschuß eine Grundsatzaussprache über die gegenwärtige und künftige Straßenbaupolitik des Bundes. Alle Fraktionen im Ausschuß waren sich darüber einig, daß der Bedarfsplan für Bundesfernstraßen, der im Rahmen der Novelle zum Ausbauplangesetz für Bundesfernstraßen im Jahre 1980 vom Gesetzgeber festgelegt worden ist, nach wie vor Gültigkeit hat. Lediglich aus finanziellen Gründen ist es — nach Auffassung der Koalitionsfraktionen — unvermeidlich, den Zeitraum für die Realisierung der Straßenbauprojekte der Dringlichkeitsstufe I auf einen Zeitraum von etwa 20 Jahren zu strecken. Die Bundesregierung hat daher die Absicht, die Dringlichkeitsstufe I in die Baustufen Ia mit Baubeginn vor 1990 und Ib mit Baubeginn nach 1990 aufzuteilen.

Die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion halten die drastische Reduzierung der Straßenbaumittel von 7,2 Mrd. DM (1979) auf künftig 6,2 Mrd. DM (1982) für unvertretbar. Der starke Rückgang des Straßenbaues führe zu einer Benachteiligung der verkehrsfernen und strukturschwachen ländlichen Räume, zu erhöhten Stauungen mit entsprechenden volkswirtschaftlichen Verlusten auf bestimmten Autobahnabschnitten, zu erhöhten Unfallgefahren und zu Zusammenbrüchen in der Straßenbauwirtschaft mit dem Verlust zahlreicher Arbeitsplätze.

Die Mitglieder der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion betonten den Zusammenhang zwischen Verkehrspolitik und der allgemeinen Lage der Staatsfinanzen. Das Straßenbauvolumen sei zwar um 1 Mrd. DM abgesenkt worden, jedoch seien entsprechende höhere Investitionsmittel für den öffentlichen Personennahverkehr und für die Deutsche Bundesbahn vorgesehen worden. Auf diese Weise werde ein Ausgleich für den Verlust von Arbeitsplätzen in der Tiefbauwirtschaft geschaffen. Die vorgesehene Reduzierung des Straßenbauvolumens sei vertretbar, weil das Bundesfernstraßennetz bereits jetzt im wesentlichen den Verkehrsbedürfnissen entspreche und es in Zukunft verstärkt darauf ankomme, durch Beseitigung von Engpässen, durch die Schließung von Lücken und durch die Verknüpfung der vorhandenen Verkehrssysteme die Kapazitätsreserven besser nutzbar zu machen.

Alle Fraktionen waren sich darüber einig, daß auch der Straßenbausektor in die Überlegungen einbezogen werden sollte, wenn ein Beschäftigungsprogramm des Bundes aufgelegt werden sollte.

Der Ausschuß schlägt einmütig vor, von der Vorlage Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 21. Oktober 1981

Milz

Berichterstatter

